

1 Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

2 Der Landesparteitag möge beschließen:

3

4 **Die Digitale Revolution gestalten!**

5

6 Aktuell ist unsere Gesellschaft wieder in einem Prozess, dessen weiteren Verlauf und Ende
7 wir nicht voraussehen können und dessen Auswirkungen auch auf die Gesellschaft wir heu-
8 te nur erahnen können: Die Digitalisierung aller Lebensbereiche. Alle Gesellschaftsbereiche
9 sind davon betroffen, vom Bildungssystem bis zur Freizeitgestaltung.

10

11 Bisher ist die Digitalisierung vor allem durch technische Entwicklungen geprägt. Die Akteu-
12 re dieser „Digitalen Revolution“ sind nur wenige international agierende Unternehmen. Der
13 Staat beteiligt sich bis jetzt nur reaktiv an dieser Revolution. Wir SozialdemokratInnen dür-
14 fen nicht hinnehmen, dass dieser Bereich dem Markt überlassen wird. Unser Ziel soll eine
15 politische Gestaltung des Prozesses und nicht lediglich ein begleitendes oder gar reaktives
16 Handeln sein.

17

18 Wir verstehen die Digitalisierung als eine Chance für unsere Zukunft und auch deshalb
19 werden wir diese Digitale Revolution mitgestalten statt nur zu begleiten.

20

21 Die Verbreitung des Mobilfunks und des Internets hat unsere Art und Weise zu kommuni-
22 zieren grundlegend verändert, zuletzt mit neuer Dynamik durch die Verbreitung internet-
23 fähiger Geräte und des mobilen Onlinezugangs. Auch deshalb nutzen etwa 80% der Ein-
24 wohnerInnen von Bremen und Bremerhaven 2014 regelmäßig das Internet aus unterschied-
25 lichsten Gründen. Die Digitalisierung bietet ein Mehr an Informationen und Wissen, ein
26 Mehr an Kommunikation, ein Mehr an Mitsprache und Demokratie, ein Mehr an Transpa-
27 renz, Effizienz und Innovation.

28

29 **Teilhabe für alle**

30

31 Das Internet schafft neue Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe und politischer Partizi-
32 pation. Um auch erfolgreich am privaten, beruflichen sowie insgesamt am gesellschaftli-
33 chen Leben teilzuhaben, benötigen alle Menschen ausreichende computer- und informati-
34 onsbezogene Kompetenzen. Für Menschen, die aus unterschiedlichsten Gründen das Inter-
35 net nicht benutzen können und nicht an der Digitalen Gesellschaft teilnehmen können,
36 müssen wir die Hindernisse abbauen.

37

38 In der Digitalen Revolution entsteht so eine „Digitale Kluft“ zwischen denen, die es täglich
39 nutzen (können) und zwischen denen, die keinen Kontakt mit der Digitalisierung haben.
40 Diese Digitale Kluft entsteht insbesondere auf drei Feldern: erstens dem Zugang zu Geräten
41 mit Internetzugang, zweitens der Nutzungskompetenz und drittens der Nutzungsart.

42

43 Wir fordern dass in Bremen und Bremerhaven jede/r die Möglichkeiten des Internets in
44 vollem Umfang nutzen kann. Daher ist es wichtig, dass die Übertragungsgeschwindigkeiten
45 auf Höhe der Zeit sind und Bremen eine überdurchschnittlich gute Breitbandversorgung
46 bietet.

47

48 Um den Zugang für alle zu erleichtern, müssen wir an Bildungsinstitutionen, allen öffentli-
49 chen Gebäuden und im Personennahverkehr (BSAG, BremerhavenBus) ein schnelles und

50 frei verfügbares WLAN einrichten. In Schulen und Hochschulen müssen PCs auf der Höhe
51 der Zeit oder besonders schnelle Geräte, die nicht für den Privatgebrauch finanzierbar sind
52 bereitgestellt werden.

53

54 **Medienkompetenz für alle**

55

56 Die Annahme, Kinder und Jugendliche würden durch das Aufwachsen in einer von neuen
57 Technologien geprägten Welt automatisch zu kompetenten NutzerInnen digitaler Medien,
58 trifft nicht zu. Wir fordern, mit der Vermittlung von Medienkompetenz schon in jungen
59 Jahren zu beginnen. Daher muss schon das pädagogische Personal von Kindertagesstätten
60 entsprechend geschult werden. Erziehungsberechtigte und alle anderen Beteiligten in der
61 Erziehung müssen Unterstützung in der Medienerziehung erhalten. Wir fordern daher, dass
62 entsprechende Fortbildungen in Schulen, Kindergärten und in vielen anderen öffentlichen
63 Einrichtungen angeboten werden. Wir dürfen nicht vergessen, dass auch ältere Menschen
64 einen Bedarf an digitaler Teilhabe haben. Auch für sie muss es entsprechende Angebote
65 geben.

66

67 Um die Vermittlung von Medienkompetenz zu erweitern, müssen die vorhandenen Ange-
68 bote besser vernetzt werden und für alle erkennbar und nutzbar gemacht werden. Es muss
69 eine umfassende Strategie zur Medienkompetenzentwicklung entwickelt werden und diese
70 muss so schnell wie möglich umgesetzt werden.

71

72 **Digitale Bildung für alle**

73

74 Die Digitale Revolution hat den Bildungsbereich schon seit Jahren erreicht. Meistens gibt es
75 statt Plakat-Präsentationen PowerPoint-Präsentationen. Als Wissensquelle dienen Wikipe-
76 dia & co. Die Frage ist, ob dies eine positive Entwicklung ist. Wir sagen: Ja!

77 Und auch deshalb muss die digitale Bildungslandschaft politisch gestaltet werden - und das
78 nicht in 10 Jahren, sondern jetzt!

79

80 *LehrerInnenbildung*

81

82 In allen Bildungsstufen und sowohl in schulischen als auch in außerschulischen Bildungs-
83 einrichtungen müssen Kinder und Jugendliche sich altersgemäß mit digitalen Medien be-
84 beschäftigen können. Arbeiten mit digitalen Medien und der Erwerb medienpädagogischer
85 Kompetenzen muss daher zu Grundbestandteilen der Ausbildung von ErzieherInnen und
86 LehrerInnen werden. Es soll aber auch ein Grundbestandteil anderer pädagogischer Berufe,
87 wie SozialpädagogInnen in der Kinder- und Jugendarbeit, werden. Effektive Fortbildungs-
88 maßnahmen und Weiterbildungsmaßnahmen beim vorhandenen pädagogischen Personal
89 sollen das Personal besser auf die Digitalisierung vorbereiten. Die Lehrkräfte müssen in der
90 Lage sein, digitale Ressourcen stärker im Unterricht einzubinden, damit die Lernqualität
91 steigen kann. Neben der Verankerung der Medienpädagogik in der LehrerInnenausbil-
92 dung muss vor allem ein bedarfsgerechter Ausbau der medienpädagogischen Forschung
93 und Lehre sowie der medienpädagogischen Fortbildungskapazitäten erreicht werden.

94

95 *Verankerung in Bildungsplänen*

96

97 Der Erwerb von Medienkompetenz und digitaler Grundbildung muss mit der fächerüber-
98 greifenden Verankerung digitaler Bildungsinhalte gewährleistet werden. Die Bildungsplä-
99 ne, die Ausbildungs- und Studienordnungen müssen für die Digitalisierung von Gesellschaft

100 und Wirtschaft fit und die digitalen Bildungsinhalte zu einem verbindlichen und bewertba-
101 ren Bestandteil der Bildungskonzepte gemacht werden.

102

103 Wir fordern vor allem ein verbindliches Unterrichtsfach Informatik für alle SchülerInnen in
104 allen Schulstufen und Schulformen. Informatik ist mittlerweile ein Teil unserer Lebenswirk-
105 lichkeit und zählt zur Allgemeinbildung.

106

107 Es sollen digitale Medien im Unterricht oder auch in der Vorlesung eingesetzt werden. Lehr-
108 kräfte setzen digitale Medien im Unterricht aber nicht nur ein, um die Schülerinnen und
109 Schüler für eine digitale Zukunft fit zu machen. Digitale Unterrichtsmethoden und -
110 materialien erleichtern die in allen Fächern notwendige Abkehr vom frontalen (Be-) Lehren
111 hin zum individualisierten und kooperativen Lernen und ermöglichen auch inklusive Bil-
112 dungssettings.

113

114 *Freie Werkzeuge zum Lernen*

115

116 Lehrende und Lernende müssen die Möglichkeit erhalten, vorhandene Unterlagen zu erwei-
117 tern oder zu verbessern und diese Änderungen auf einfache Weise anderen zugänglich zu
118 machen. Dafür ist es erforderlich, dass offene Formate und Plattformen genutzt werden.
119 Daher fordern wir die Verwendung und Stärkung von Open Educational Resources (OER).
120 Als Open Educational Resources werden Lernmaterialien bezeichnet, die von Bildungsinsti-
121 tuten sowie von LehrerInnen, SchülerInnen und Studierenden kostenlos genutzt, weiterbe-
122 arbeitet und frei weitergegeben werden können. Ein großes Hindernis für OER ist das veral-
123 tete UrheberInnenrecht. Das Land Bremen soll sich weiter für eine Reform des UrheberIn-
124 nenrechts, hin zu einem UrheberInnenrecht, das den Einsatz von OER ermöglicht, einsetzen.
125 Es muss im neuen UrheberInnenrecht eine allgemeine Bildungs- und Wissenschaftsschran-
126 ke eingebaut werden, welche das Nutzen von Veröffentlichungen für Unterrichtszwecke
127 und zum Lehren und Lernen erlaubt.

128 Um Open Access im Wissenschaftsbereich zu fördern, muss die Veröffentlichung und
129 Nutzbarkeit von Forschungsergebnissen umfassend abgesichert werden. Hierfür set-
130 zen wir uns in der Bundesebene ein. Wir fordern ein verbindliches Zweitveröffentlichungs-
131 recht für alle wissenschaftlichen Beiträge ein, die aus überwiegend mit öffentlichen Mitteln
132 finanzierter Lehr- und Forschungstätigkeit entstanden sind, um so die freie und dauerhafte
133 Zugänglichmachung im Internet zu ermöglichen.

134

135 Darüber hinaus müssen mit öffentlichen Geldern (ko-)finanzierte Bildungsmaterialien
136 grundsätzlich unter einer offenen Lizenz, in offenen Formaten sowie mit den notwendigen
137 Metadaten veröffentlicht werden.

138

139 *Digitale Infrastruktur*

140

141 Es müssen grundlegende Strukturen geschaffen werden, damit jedeR an der Digitalen Revo-
142 lution teilhaben kann. Es müssen internetfähige Geräte in den Hochschulen und Schulen
143 vorhanden sein und alle Schulen und Hochschulen flächendeckend mit WLAN versorgt
144 werden. Der Internetzugang sollte schnell und zensurfrei sein. Gerade Schulen tendieren
145 oft zur vermeintlichen Kontrolle und Ordnung des digitalen Wandels. So schränken die
146 Schulen oftmals Funktionsfähigkeiten der Geräte ein oder diese werden komplett verboten.
147 Dies lehnen wir klar ab und wollen stattdessen Schulen, in denen Transparenz, Austausch
148 und Mitbestimmung gelebt wird. Digitale Geräte sind dafür beispielhaft, weil sie beispiels-
149 weise Kommunikation über Klassenverbände, Jahrgänge und einzelne Schulen hinaus er-
150 möglichen.

151

152 Der Internetzugang darf nicht abgehört oder mitgeschnitten werden. Die Schulen und
153 Hochschulen müssen gewährleisten, dass sie keine Daten der SchülerInnen und Studieren-
154 den sammeln. Auch an den Hochschulen, wo es vermehrt Chip-Karten für Raumzugänge
155 gibt, sollen keine Daten gespeichert werden.

156

157 Wir fordern einheitliche E-Learning-Systeme, um das Chaos der unterschiedlichen und nicht
158 kompatiblen Systeme und Anwendungen zu beenden. In allen Bremer und Bremerhavener
159 Bildungseinrichtungen sollte ein System angewendet werden, das die Bildungscloud bein-
160 haltet, in der Lehrende und Lernende Lern- und Lehrinhalte ablegen können. An den Schu-
161 len und Hochschulen sollen Open Source Software verwendet werden. Damit würde man
162 u.a. bei den Lizenzen Gebühren sparen und den Unterricht offener gestalten.

163

164 *Inklusion*

165

166 In diese Bildungscloud sollten immer alle Inhalte des Unterrichts hochgeladen werden, da-
167 mit Lernende auch nach dem Unterricht die Materialien einsehen können. Es geht nicht nur
168 darum, Inhalte optimal aufzubereiten. Digital unterstütztes Lernen muss inklusiv sein. Kon-
169 kret bedeutet dies: Auch die Onlineangebote der Hochschulen und Schulen müssen barriere-
170 frei sein. Auch Unterrichts- und Lehrmaterialien müssen in geeigneter Form vorliegen. Die
171 Inklusion muss ein Schwerpunkt in der Aus- und Fortbildung von Lehrenden sein. Für die
172 digital unterstützte Lehre gilt ebenso, dass sie so aufbereitet sein muss, dass alle Teilneh-
173 menden sie aktiv und kritisch mitgestalten können.

174

175 **Die digitalisierte Arbeitswelt: Risiken beschränken, Fortschritte nutzen**

176

177 Auch in der Arbeitswelt hat die digitale Revolution längst Einzug gehalten. Durch die Digita-
178 lisierung haben sich neue Arbeitstechniken herauskristallisiert, Kompetenzanforderungen
179 an ArbeitnehmerInnen verschärft und völlig neue Berufsbilder ergeben. Die neu entstan-
180 denen Berufsbilder wie z.B. WebdesignerIn sind allerdings Berufe, die häufig nicht in einem
181 klassischen Angestelltenverhältnis ausgeführt werden, sondern in der (Solo-
182)Selbstständigkeit. Auch die Zahl der Personen, die von zuhause aus arbeiten, ist gestiegen
183 und das nicht nur bei den Selbstständigen, sondern auch in klassischen Bürojobs. Um auf
184 diese Entwicklung angemessen einzugehen bedarf es regulatorischer Anpassungen.

185 Durch die räumliche Entgrenzung von Arbeitszeit und Freizeit, die die Heimarbeit zwangs-
186 läufig mit sich bringt, steigt das Risiko der Selbstausbeutung an, da die Messbarkeit von
187 Arbeitszeit erschwert wird. Dieses Problem kann überall da auftreten, wo die Möglichkeit
188 besteht, sich Arbeit mit nach Hause zu nehmen.

189

190 Wir müssen uns Gedanken machen, wie wir die ArbeitnehmerInnen und Selbständigen vor
191 dieser Form der Selbstausbeutung schützen können. Ein möglicher Ansatz ist es zum Bei-
192 spiel, den Zugang zum beruflichen E-Mail-Konto zeitlich zu beschränken, wobei die Be-
193 schränkung anhand einer täglichen Gesamtdauer eine bessere Kombination aus Schutz
194 und Flexibilität für die ArbeitnehmerInnen verspricht als eine Beschränkung nach Uhrzeit.
195 Doch das sollte nicht das einzige Mittel bleiben. Es muss zukünftig auch in der Ausbildung
196 stärker dafür sensibilisiert werden, dass es respektabel und auch notwendig ist, die Arbeits-
197 zeit zu beenden und Erschöpfungszeichen des Körpers ernst zu nehmen.

198

199 Im Home-Office kommt zudem hinzu, dass der Arbeits- und Versicherungsschutz anders
200 gewährleistet werden muss, da hier nicht die gleichen Bedingungen herrschen wie im Büro.

201 So müssen sich die Regelungen zur gesetzlichen Unfallversicherung endlich an die Zeiten
202 des Home-Office anpassen und ihren Schutz entsprechend erweitern.

203

204 Dass die Zahl der selbstständig Tätigen in den durch die Digitalisierung entstandenen Jobs
205 hoch ist, bringt die Frage der Inklusivität unserer Sozialsysteme erneut auf die Tagesord-
206 nung. Unsere Sozialsysteme müssen fit für Solo-Selbstständige werden, um auch ihnen
207 angemessene soziale Sicherung zu bieten. Daher wollen wir, unbeschadet des Ziels einer
208 BürgerInnenversicherung in der Kranken- und Pflege sowie einer Erwerbstätigenversiche-
209 rung in der Rentenversicherung, die derzeitige Künstlersozialkasse zu einer Sozialversiche-
210 rung für alle Solo-Selbstständigen ausbauen. Auf diesem Wege wollen wir Solo-
211 Selbstständigen auch, bei Deckelung auf einen Höchstanspruch, den Schutz der Arbeitslo-
212 senversicherung eröffnen. Durch die Künstlersozialkasse wird es derzeit freischaffenden
213 Künstlern und Publizisten ermöglicht, in die gesetzliche Krankenversicherung zu kommen
214 und dort nur den Arbeitnehmeranteil zu zahlen, während der andere Teil, neben einem
215 Bundeszuschuss, aus Abgaben der Auftraggeber auf das Auftragshonorar bezahlt wird.
216 Dieses System der teilweisen AuftraggeberInnenfinanzierung halten wir für zukunftswei-
217 send und wollen es übernehmen.

218

219 **Freies und offenes Netz für Alle**

220

221 Die Grundlage für eine digitale Gesellschaft, die Fortschritt schafft und Teilhabe für alle
222 ermöglicht, ist ein offenes und freies Netz. Deshalb stehen wir für eine freien und gleichen
223 Zugang zum Internet sowie für eine gesetzliche Verankerung der Netzneutralität, die alle
224 Daten gleich behandelt.

225

226 Technisch wird mit der Verbreitung internetfähiger mobiler Endgeräte eine nahezu lücken-
227 lose ständige Überwachung jedes und jeder Einzelnen möglich. Wir stellen uns deshalb
228 weiterhin gegen die Vorratsdatenspeicherung, die zurzeit Höchstspeicherfrist genannt
229 wird. Die anlasslose und flächendeckende Vorratsdatenspeicherung ist ein undifferenzier-
230 tes und rechtlich unverhältnismäßiges Überwachungsinstrument, das die Grundrechte in
231 unzumutbarer Art einschränkt und alle Bürgerinnen und Bürger im Geltungsgebiet unter
232 Generalverdacht stellt.

233

234 Zu einem freien und offenen Netz gehört aber nicht nur die Freiheit von ausufernder Über-
235 wachung, sondern auch die Freiheit von Zensur. Netzsperrern lehnen wir ab und bekennen
236 uns weiterhin zum Prinzip „Löschen statt Sperren“, welches bei strafrechtlicher Relevanz
237 von Inhalten zum Einsatz kommen soll. Wir fordern weiterhin die Abschaffung der Störer-
238 haftung, damit die Einrichtung öffentlicher und frei zugänglicher WLAN-Hotspots ausge-
239 weitet und befördert werden kann.

240

241 Dies sind nur wenige Themen von vielen Bereichen, in denen wir uns weiterhin für die
242 Rechte der BürgerInnen einsetzen werden. Die Politik darf sich nicht auf die Interessen von
243 Unternehmen und Sicherheitsbehörden beschränken.

244

245 **Open Government für Alle**

246

247 Der Staat muss die Chancen der Digitalisierung nutzen und noch offener werden. Regie-
248 rung und die Verwaltung müssen für die BürgerInnen transparenter werden und mehr
249 Teilhabe ermöglichen. Die Demokratie kann dadurch enorm profitieren. Deshalb fordern
250 wir neue Beteiligungsformen bei Meinungs- und Willensbildung. Es sollte weiter an Optio-

251 nen geforscht werden, wie in Zukunft internetbasiertes Wählen sicher möglich werden
252 kann.

253

254 Es sollte weiterhin daran gearbeitet werden, dass alle Dokumente von der Verwaltung onli-
255 ne gestellt werden, damit BürgerInnen leichter an Formulare etc. kommen. Alle Online-
256 Plattformen müssen barrierefrei sein. Es geht darum, alle Informationen aus Politik und
257 Verwaltung aktuell, umfassend, barrierefrei und vor allem gut auffindbar über das Internet
258 bereitzustellen.

259

260 Die Open-Data-Strategie müssen wir weiter führen und noch mehr erweitern. Alle Doku-
261 mente der Verwaltung und Regierung sollten veröffentlicht werden. Wir fordern, dass die
262 Verwaltung sich auf Verwendung von Open-Source Software konzentriert, um Lizenzge-
263 bühren zu sparen und das Allmende-Produktionsmodell zu fördern.

264

265 **Die Partei**

266

267 Wir wollen, dass die SPD auch in ihrer innerverbandlichen Arbeit auf der Höhe der Zeit ist.
268 Wir als Partei sollten uns überlegen, wie wir die Menschen anders beteiligen - z.B. , indem
269 wir unsere bisher oft erfolglosen verschiedenen Online-Plattformen zu einem einheitlichen
270 System für interaktives Arbeiten entwickeln. Wir sollten ein Forum entwickeln, indem man
271 sich innerparteilich beteiligen kann. Alle Dokumente sollten online verfügbar sein und das
272 barrierefrei. Leider sind viele Dateien, die derzeit hochgeladen werden, mit Kopierschutz
273 belegt, sodass man sie in den meisten Fällen nicht ausdrucken und/oder bearbeiten kann.
274 Dieser Unsinn muss aufhören. Unsere Partei muss sich auch überlegen und ein Konzept
275 erarbeiten, wie wir mit den Online-Features arbeiten wollen und wie wir unsere Partei ge-
276 nerell offener machen können. Außer Acht lassen dürfen wir auch nicht die Social-Media
277 Plattformen. Dort erreicht man gerade jüngere Menschen, die man sonst nicht erreichen
278 würde - allerdings nur mit einer für sie authentischen Kommunikation. Kommunikations-
279 leitfäden des Willy-Brandt-Hauses und Schulungsangebote für Gliederungen sind erforder-
280 liche Unterstützungsleistungen.